Zu der in Aussicht genommenen Änderung des Nahrungsmittelgesetzes.

Von

A. Juckenack.

Am 18. März 1911 führte im Reichstage bei der Beratung des Etats des Kaiserlichen Gesundheitsamtes für das Rechnungsjahr 1911 Herr Geh. Ober-Regierungsrat Freiherr v. Stein als Kommissar des Bundesrates unter anderem folgendes aus:

„Die Notwendigkeit, die Nahrungsmittelgesetzgebung auszugestalten und insbesondere bindende Vorschriften über die Zusammensetzung und die Beurteilung der Nahrungsmittel und weiter darüber zu geben, nach welchen Methoden bei der amtlichen Untersuchung von Nahrungsmitteln vorzugehen ist, ist ja von der Regierung wiederholt anerkannt worden. Wenn Ihnen eine Vorlage hierüber noch nicht zugegangen ist, oder wenn im Wege der Verordnung, soweit das möglich wäre, nach Vereinbarung unter den Bundesregierungen noch nicht vorgegangen worden ist, so liegt das daran, daß ganz außerordentlich umfangreiche und schwierige technische Vorarbeiten notwendig sind. Diese Vorarbeiten sind beim Kaiserlichen Gesundheitsamt seit Jahren in Angriff genommen und sind jetzt soweit gefördert, daß noch im Laufe dieses Monats, am 27., im Gesundheitsamt der Ausschuß des Reichsgesundheitsrats für Nahrungsmittelwesen zusammentreten wird, um die allgemeinen Gesichtspunkte, die bei der Regelung dieser Frage Geltung haben sollen, zu erörtern. Zu den Beratungen des Reichsgesundheitsrates sind als Vertreter der Interessenten die namhaftesten Körperschaften eingeladen, die über ganz Deutschland ihren Wirkungskreis erstrecken; das ist der Deutsche Landwirtschaftsrat, der Deutsche Handelstag, der Bund der Industriellen und der Bund der deutschen Nahrungsmittelfabrikanten und -Händler. Sie sind eingeladen, Vertreter zu entsenden. An diese Beratungen der allgemeinen Gesichtspunkte, bei denen bereits einige Entwürfe für Vorschriften der gedachten Art vorgelegt werden können, werden sich im Laufe der nächsten Monate weitere Beratungen über die speziellen Vorschriften bezüglich der einzelnen Nahrungs- und Genußmittel anschließen, und gemäß der Zusage, die in dieser Beziehung hier und auch anderwärts von der Regierung gegeben worden ist, werden zu diesen Beratungen die Vertreter der Spezialindustrien beigezogen werden

Meine Herren, die Sache ist also im Gange, darüber, wann sie abgeschlossen werden kann, eine bindende Erklärung abzugeben, bin ich allerdings nicht in der Lage, da sich die Verhandlungen, wie ich angedeutet habe, außerordentlich schwierig gestalten werden; aber die Hand wird nicht mehr davon gelassen werden, bis sie zu einem befriedigenden Abschluß gebracht ist“.

M. H.! Woraus hat sich die von der Reichsregierung schon wiederholt anerkannte Notwendigkeit der Ausgestaltung der Nahrungsmittelgesetzgebung durch bindende Vorschriften über die Zusammensetzung und die Beurteilung der Lebensmittel ergeben?

Sieht man das am 1. Januar 1872 in Kraft getretene Strafgesetzbuch für das Deutsche Reich durch, so beobachtet man, daß zwar für die meisten strafbaren Handlungen kurze Bezeichnungen allgemein im Gebrauch sind (z. B. Diebstahl, Betrug, Hausfriedensbruch), daß sich aber das Strafgesetz nicht etwa darauf beschränkt, zu bestimmen, welche Strafen auf Diebstahl, Betrug usw. gesetzt sind, sondern daß es

die Begriffe der einzelnen strafbaren Handlungen auch zergliedert. Z. B. soll wegen Diebstahls bestraft werden, „wer eine fremde, bewegliche Sache einem anderen in der Absicht wegnimmt, dieselbe sich rechtswidrig zuzueignen“, und „wer in der Absicht, sich oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, das Vermögen eines anderen dadurch beschädigt, daß er unter Vorspiegelung falscher oder durch Entstellung oder Unterdrückung wahrer Tatsachen einen Irrtum erregt oder unterhält“, macht sich des Betruges schuldig. Die Gesamtheit dieser gesetzlichen Merkmale bilden bekanntlich den Tatbestand einer strafbaren Handlung.

Vergleicht man aber hiermit § 367 Ziffer 7 des Strafgesetzbuches, der den mit Strafe bedroht, „wer verfälschte oder verdorbene Getränke oder Eßwaren, insbesondere trichinenhaltiges Fleisch feilhält oder verkauft“, so vermissen wir eine Angabe der Tatbestandsmerkmale, die den Rechtsbegriff „Verfälschung“ bilden sollen, wir können noch nicht einmal erkennen, ob dieser Begriff zugleich auch die Nachahmung von Lebensmitteln umfassen soll.

Dieser Mangel ist bereits bei der Beratung des § 367 empfunden worden; es wurden damals schon verschiedene Vorschläge für eine präzisere Fassung gemacht, aber sie alle befriedigten die Reichstagskommission nicht und führten infolgedessen schließlich dazu, daß im Plenum dem Antrage der Kommission entsprechend beschlossen wurde, über die Petitionen zur Tagesordnung überzugehen.

Nachdem im Laufe der nächsten Jahre bei der Beratung des Etats des Kaiserlichen Gesundheitsamtes wiederholt darauf hingewiesen und eingehend erörtert worden war, daß „das Verfälschen der Nahrungsmittel einen erschreckenden Umfang gewinne“, wurde am 22. März 1878 dem Reichstage ein Gesetzentwurf vorgelegt, der demnächst zu dem heute noch in Kraft befindlichen Nahrungsmittelgesetz vom 14. Mai 1879 führte. Bereits bei der Vorbereitung dieses Entwurfes hatte die vom Kaiserlichen Gesundheitsamte berufene Kommission von Sachverständigen es als einen Mißstand bezeichnet, daß es an einer gesetzlichen Definition des Begriffes Verfälschung fehle. Infolgedessen wurde im Gesetzentwurf der Versuch einer Definition in der Weise gemacht, daß mit Strafe bedroht wurde:

1. wer zum Zwecke der Täuschung im Handel und Verkehr Nahrungs- oder Genußmittel nachmacht oder mit dem Schein einer besseren Beschaffenheit versieht oder dadurch verschlechtert, daß er sie mittels Entnehmens oder Zusetzens von Stoffen oder in anderer Weise verfälscht;
2. wer wissentlich Nahrungs- oder Genußmittel, welche verdorben oder nachgemacht oder fälschlich mit dem Schein einer besseren Beschaffenheit versehen oder durch Verfälschung verschlechtert sind, unter Verschweigung dieses Umstandes verkauft oder unter einer zur Täuschung geeigneten Bezeichnung feilhält.

Die erste Reichstagskommission (das Gesetz hat zwei Sessionen beschäftigt) billigte im wesentlichen den Entwurf, glaubte aber die im Handel und Verkehr üblichen, wenn auch nicht ganz richtigen, so doch zu täuschen nicht geeigneten Bezeichnungen gegen eine Bestrafung schützen zu müssen, und schlug daher folgende Fassung vor:

Mit wird bestraft:

1. wer zum Zwecke der Täuschung im Handel und Verkehr Nahrungs- oder Genußmittel nachmacht, oder dadurch verfälscht, daß er dieselben mittels Entnehmens oder Zusetzens von Stoffen verschlechtert

oder den bestehenden Handels- oder Geschäftsgebräuchen zuwider mit dem Schein einer besseren Beschaffenheit versieht;

2. wer wissentlich Nahrungs- oder Genußmittel, welche verdorben oder nachgemacht oder im Sinne der Nr. 1 verfälscht sind, unter Verschweigung dieses Umstandes verkauft oder unter einer zur Täuschung geeigneten Bezeichnung feilhält.

Der in der zweiten Session vorgelegte Entwurf übernahm diese Fassung, beseitigte aber die Worte: „den bestehenden Handels- und Geschäftsgebräuchen zuwider“, weil dadurch auch unsoliden Handels- und Geschäftsgebräuchen ein unverdienter Schutz gewährt werden würde und die soliden Gebräuche schon durch die Worte: „zum Zwecke der Täuschung im Handel und Verkehr“ hinreichend geschützt seien. Infolgedessen lautete nunmehr Ziffer 1 des § 10:

Mit wird bestraft:

wer zum Zwecke der Täuschung im Handel und Verkehr Nahrungs- oder Genußmittel nachmacht, oder dadurch verfälscht, daß er dieselben mittels Entnehmens oder Zusetzens von Stoffen verschlechtert oder daß er dieselben mit dem Schein einer besseren Beschaffenheit versieht.

Diese Definition des Begriffes „Verfälschung“ wurde aber von der zweiten Reichstagskommission als mißlungen bezeichnet: insbesondere wurden die Worte: „daß er dieselben mit dem Schein einer besseren Beschaffenheit versieht“ als zu weitgehend angefochten. Das Ergebnis eingehender Beratungen und Diskussionen war schließlich das, dem Plenum zu empfehlen, die ganze Definition des Begriffes Verfälschung zu beseitigen. Diesem Antrag entsprach der Reichstag. Hiermit war der Versuch einer gesetzlichen Bestimmung des Begriffes „Verfälschung“ gescheitert und den Gerichten die Aufgabe gestellt, künftig von Fall zu Fall die Frage zu entscheiden, ob eine Verfälschung im Sinne des Gesetzes vorliegt und hierbei den Begriff der Verfälschung selbst zu definieren. § 10 des Gesetzes bedrohte daher nunmehr kurz und bündig den mit Strafe:

der zum Zwecke der Täuschung im Handel und Verkehr Nahrungs- oder Genußmittel nachmacht oder verfälscht,

sowie den,

der wissentlich Nahrungs- oder Genußmittel, welche verdorben, nachgemacht oder verfälscht sind, unter Verschweigung dieses Umstandes verkauft oder unter einer zur Täuschung geeigneten Bezeichnung feilhält.

Die Folge hiervon war, daß die Rechtsprechung zunächst versuchen mußte, in grundlegenden Entscheidungen die Begriffe Verfälschung und Nachmachung zu zergliedern. Nach der Auffassung des Reichsgerichts setzt im allgemeinen jede Verfälschung einer Ware voraus, daß im Verkehr eine echte Ware vorhanden ist, die durch Entnehmen oder Zusetzen von Stoffen in einer für das Publikum unkenntlichen Weise verschlechtert oder mit einem Schein besserer Beschaffenheit versehen wird. Ebenso setzt jede Nachmachung einer Ware voraus, daß eine bereits gemachte, nicht bloß gedachte und einem Namen oder einer Beschreibung entsprechend vorausgesetzte Ware im Handelsverkehr vorhanden ist, und daß dieser vorhandenen echten Ware eine andere in der Weise nachgebildet wird, daß sie der echten dem Scheine, aber nicht dem Wesen nach entspricht.

Obwohl hiernach vielfach, namentlich hinsichtlich der sogenannten Naturprodukte,

die Entscheidung der Frage, ob im gegebenen Fall eine Verfälschung oder Nachmachung vorliegt, nicht schwer zu treffen ist, gibt es dennoch sehr viele Lebensmittel, bei denen dies durchaus nicht zutrifft, bei deren Beurteilung bereits die Bestimmung des Begriffes der Normalware (der echten Ware) große Schwierigkeiten bereitet. Infolgedessen begegnet man in derartigen Fällen, die im einzelnen hier zu erörtern zu weit führen würde, oft Gutachten, die nicht miteinander in Einklang zu bringen sind und daher zu einer gewissen Rechtsunsicherheit führen.

Um diesen Mißständen zu begegnen, sind schon verschiedene Versuche, z. B. durch Erlaß von Sondergesetzen und Verordnungen, durch Herbeiführung von Vereinbarungen und Beschlüssen, gemacht worden. Einfach und klar sagte z. B. das frühere Saccharin gesetz in seinem § 2: „Die Verwendung künstlicher Süßstoffe bei der Herstellung von Nahrungs- und Genußmitteln ist als Verfälschung im Sinne des § 10 des Gesetzes, betreffend den Verkehr mit Nahrungsmitteln, Genußmitteln und Gebrauchsgegenständen, vom 14. Mai 1879 anzusehen“.

Aber alle Versuche, durch private Festsetzungen die Mißstände zu beseitigen, haben bisher nicht den erstrebten Erfolg gehabt. Die Festlegung der an die einzelnen Lebensmittel zu stellenden Anforderung durch besondere Gesetze kann zudem den Nachteil haben, daß Gesetze nicht leicht zu ändern sind und daher nicht leicht fortgesetzt der Veränderlichkeit der Verkehrsverhältnisse Rechnung tragen können. Der Erlass entsprechender Polizeiverordnungen würde leicht dazu führen können, daß in verschiedenen Gegenden des Reichs verschiedene Anforderungen gestellt und dadurch der Industrie und dem Handel der Absatz beträchtlich erschwert werden würde, ganz abgesehen davon, daß die Androhung geringfügiger Polizeistrafen keinen hinreichenden Erfolg verspricht. Für den Erlass von Verordnungen für das ganze Reich bietet aber das bisherige Nahrungsmittelgesetz vom 14. Mai 1879 nur unzureichende Unterlagen. Denn im § 5 daselbst sind nur Verordnungen „zum Schutze der Gesundheit“ vorgesehen, und in den Motiven hierzu ist ausgeführt worden, daß hierdurch „die Aufgabe und die Begrenzung im Ziel, welche die Verordnungen sich zu stellen haben, gegeben ist. Damit ist gekennzeichnet, daß mit ihnen ein Übergreifen in den Gewerbebetrieb, insoweit die Verhütung von Gefahren für die Gesundheit dies nicht erheischt, nicht in Frage kommt“. § 6 sieht ferner nur solche Verordnungen vor, die das gewerbsmäßige Herstellen, Verkaufen und Feilhalten von Gegenständen, die zur Fälschung von Nahrungs- und Genußmitteln bestimmt sind, verbieten oder beschränken. Hinzu kommt, daß Verfehlungen gegen derartige Verordnungen ohne Rücksicht darauf, ob sie vorsätzlich oder nur fahrlässig begangen werden, aus § 8 des Gesetzes nur mit Geldstrafe bis zu 150 Mk. oder mit entsprechender Haft bestraft werden können, daß also gemeingefährliche Fälscher mit ihrer Hilfe nicht wirksam bekämpft oder abgeschreckt werden können.

Der Gedanke, es gesetzlich zu ermöglichen, im Verordnungswege Unterlagen für die Auslegung des § 10 des Nahrungsmittelgesetzes zu schaffen und so eine klare Rechtslage zu gewährleisten, ist übrigens nicht neu. Denn bereits bei der Beratung des zweiten Gesetzentwurfes vom Jahre 1879 wurde in der zweiten Reichstagskommission von einer Seite angeregt, im Wege der Verordnung den Begriff der einzelnen Nahrungs- und Genußmittel zu präzisieren, also gleichsam Legaldefinitionen von Bier, Wein, Milch, Schokolade usw. aufzustellen. Dieser Gedanke fand aber damals nicht den Beifall der Mehrheit, weil das angeblich nicht Sache der Gesetzgebung oder Verordnung sei, vielmehr im einzelnen Fall nach den

Grundsätzen der Wissenschaft festzustellen sein werde, ob der vorliegende Gegenstand als Bier, als Wein usw. zu erachten sei oder nicht.

Diesen Standpunkt hat aber der Reichstag später aufgegeben, was auch schon ohne weiteres aus den zahlreichen bisher erlassenen Sondergesetzen (z. B. über den Verkehr mit Wein, Bier, Butter, Käse, Schmalz, Margarine, Kunstpeisefett, Fleisch, künstlichem Süßstoff, Kornbranntwein, Hefe usw.) ersichtlich ist. In mehreren dieser Gesetze ist zudem bereits im Interesse von Industrie und Handel dem Bundesrat die Befugnis erteilt, selbständig besondere Verordnungen zu erlassen, um „in beweglicher Form“ den wechselnden Verkehrsverhältnissen Rechnung tragen zu können, und diese Verordnungen haben erfahrungsgemäß zu einer Rechtssicherheit geführt.

Übersieht man die bisherige Entwicklungsgeschichte der Reichs-Nahrungsmittelgesetzgebung, die bereits die Ursache der bestehenden Mißstände klar erkennen läßt, so sollte man annehmen, die in Aussicht genommene Änderung der Gesetzgebung, die zudem auch noch den Vertrieb „minderwertiger“ Nahrungsmittel unter „irreführenden Bezeichnungen“ verbieten, also auch noch insoweit den lauterer Gewerbetreibenden — also nicht nur durch das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb — schützen will, Industrie und Handel würden den bereits im Reichstage angekündigten Ausbau der Nahrungsmittelgesetzgebung durch rechtsverbindliche Verordnungen mit Freude begrüßen und bestrebt sein, ihn durch Rat und Tat zu fördern.

Dem ist aber wider Erwarten nicht so.

Allerdings hat es nie an Stimmen gefehlt und fehlt es auch heute im Handel nicht an Stimmen, die die von der Reichsregierung in Aussicht genommenen Maßnahmen mindestens im Prinzip billigen und begrüßen. Andererseits werden aber von Interessenten zum Teil Forderungen gestellt, die einer objektiven Prüfung nicht Stand zu halten vermögen, ja sogar zum Teil anstreben, die Konsumenten, d. h. die Allgemeinheit, in gesundheitlicher und wirtschaftlicher Hinsicht vollständig von Interessenten abhängig zu machen, dieselben Konsumenten, die der Gesetzgeber hinsichtlich ihrer Gesundheit und Ernährung gegen Schädigungen, Täuschungen und Benachteiligungen schützen will, indem er insbesondere anstrebt, daß das Publikum nicht im unklaren über die wirkliche Beschaffenheit der Waren gehalten werde, die es seinem Körper zuführen will und muß, und deren Beschaffung einen ganz bedeutenden Teil seines Einkommens aus ehrlicher und mühsamer Arbeit erfordert.

Es würde zuweit führen, hier alles Material zusammenzutragen, das über die Entwicklung der Angelegenheit in Handelszeitschriften zu finden ist.

Das Folgende dürfte bereits dazu ausreichen, einen Überblick zu bieten.

Die Handelskammer zu Berlin hatte im Jahre 1904 im Ausschuß des Handelstages beantragt:

Ausstattung des Bundesrates, eventuell nach Anhörung des Kaiserlichen Gesundheitsamtes, mit der Befugnis, im Verordnungswege Bestimmungen darüber zu treffen, unter welchen Bedingungen bestimmte Nahrungs- und Genußmittel zu beanstanden sind. Zur Vorbereitung der Entscheidungen sind in ausreichendem Maße Praktiker; also Nahrungsmittel-Fabrikanten und -Händler, auf Vorschlag der zur Vertretung von Industrie und Handel berufenen Körperschaften zuzuziehen.

Der Ausschuß des Handelstages wünschte hingegen nur eine Ausstattung des Bundesrates oder des Kaiserlichen Gesundheitsamtes mit der Befugnis, darüber zu

entscheiden, unter welchen Bedingungen bestimmte Nahrungs- und Genußmittel zu beanstanden sind.

In seiner Vollversammlung gab alsdann der Deutsche Handelstag am 25. März 1904 folgende Erklärung ab:

Zur Beseitigung oder Minderung erheblicher Mißstände, die in der Behandlung des Verkehrs mit Nahrungs- und Genußmitteln durch die Behörden und die Gerichte zutage getreten sind, macht der Deutsche Handelstag folgende Vorschläge:

1. Herstellung einer Sammlung von Begriffsbestimmungen und Handelsgebräuchen im Gebiete des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes, um die Bedingungen festzulegen, unter denen nach Ansicht der beteiligten Industrie- und Handelszweige Nahrungs- und Genußmittel als handelsübliche, unverfälschte und nicht gesundheitsschädliche Waren gelten sollen.
2. Veröffentlichung der technischen Materialien für in Aussicht genommene Verordnungen und Gesetze in bezug auf den Verkehr mit Nahrungs- und Genußmitteln.
3. Aufhebung des § 367, No. 7 des Strafgesetzbuches, wonach bestraft wird, wer verfälschte oder verdorbene Getränke oder Eßwaren feilhält oder verkauft. Es sollen in dieser Hinsicht nur die Strafbestimmungen des Nahrungsmittelgesetzes gelten.
4. Fürsorge dafür, daß vor der Erhebung von Anklagen und während des weiteren Verfahrens Sachverständige auf Vorschlag von Handel und Industrie als Gutachter zugezogen werden.

Im Herbst 1912 wurden vom Kaiserlichen Gesundheitsamt die ersten Entwürfe zu Festsetzungen über Lebensmittel als Ergebnis von Beratungen, die im Reichsgesundheitsrat, Unterausschuß für Nahrungsmittelchemie, unter Zuziehung von Sachverständigen aus den beteiligten Kreisen stattgefunden hatten, veröffentlicht, um allen Beteiligten Gelegenheit zu geben, sei es öffentlich, sei es in Eingaben an das Kaiserliche Gesundheitsamt, Stellung dazu zu nehmen. Zugleich wurde eine sorgfältige Prüfung aller Eingaben zugesagt und die Absicht der Reichsregierung dargelegt und begründet.

Unmittelbar darauf begannen Industrie und Handel zu der in Aussicht genommenen Regelung prinzipiell Stellung zu nehmen.

Der Ständige Ausschuß der Nahrungsfabrikanten und -Interessenten im Bunde der Industriellen faßte in seiner Sitzung vom 16. November 1912 folgende Resolution, die einstimmig angenommen wurde:

Der vom Bunde der Industriellen einberufene Ständige Ausschuß der Nahrungsmittelfabrikanten und -Interessenten hält den vom Reichsgesundheitsamte veröffentlichten Entwürfen zu Festsetzungen über Lebensmittel gegenüber an dem in der Versammlung vom 26. November 1910 bekundeten Standpunkt fest, daß die Aufstellung von im Verordnungswege mit Gesetzeskraft vom Bundesrat erlassenen und deshalb schwer wandlungsfähigen Begriffsbestimmungen auf diesem Gebiete als höchst bedenklich bezeichnet werden muß.

Er bestreitet mit Entschiedenheit, daß auf seiten der an der Erzeugung und dem Handel mit Lebensmittel beteiligten Berufskreise die einmütige Auffassung herrsche, daß nur durch rechtsverbindliche Festsetzungen über die Beschaffenheit und Beurteilung der einzelnen Lebensmittel die unleugbar vorhandenen Mißstände beseitigt werden können.

Er ist vielmehr der Meinung, daß lediglich ein Nahrungsmittelbeirat, in den Vertreter aller Zweige des Nahrungsmittelgewerbes durch ein sich an das

Wahlverfahren der Berufsgenossenschaften anlehnendes Wahlverfahren zu wählen sind, in Verbindung mit dem Reichsgesundheitsamte und sonstigen zuständigen Reichsbehörden unter Zusammenfassung durch den Bundesrat die gestellte Aufgabe in befriedigender Weise lösen kann, wenn eine Majorisierung der Industrievertreter dabei ausgeschlossen wird.

Eine solche Zentralstelle, die wegen der mißlichen Lage auf dem Gebiete der Überwachung des Verkehrs mit Nahrungs- und Genußmitteln unverzüglich geschaffen werden muß, würde die Erneuerung des Gesetzes über den Verkehr mit Nahrungs- und Genußmitteln vorbereiten, bei der Ausgestaltung der Ausführungen des jetzigen und des neuen Gesetzes mitzuwirken und auf ihre Einheitlichkeit für das ganze Reich zu dringen und auch als Auskunfts- und Auslegungsstelle für die Rechtsprechung, Verwaltung und die Praxis tätig zu sein haben.

Wenige Tage später, vom 25.—27. November 1912, fand in Berlin eine Hauptversammlung des Bundes Deutscher Nahrungsmittelfabrikanten und -Händler statt, auf der folgende Resolution gefaßt wurde:

1. Der Bund Deutscher Nahrungsmittel-Fabrikanten und -Händler verwirft die Regelung der Festsetzungen über Lebensmittel im Verordnungswege, da er in dieser Art der Regelung Gefahren für die allgemeine Nahrungsmittelversorgung, wie auch für die Fabrikation von Nahrungsmitteln, für Groß- und Kleinhandel mit denselben sieht; er hält es für seine Pflicht, diese Frage in breitester Öffentlichkeit zu verhandeln und bittet die ihm angeschlossenen Vertretungen von Handel und Industrie, die ihm angeschlossenen Vereine und die deutsche Tages- und Fachpresse um tatkräftige Mitarbeit.
2. Der Bund hält insbesondere die Resolution vom 3. Juni 1912 in folgenden Punkten aufrecht:

In das Gesetz sind folgende Bestimmungen aufzunehmen:

Beim Kaiserlichen Gesundheitsamt ist eine Zentralstelle für das Deutsche Reich einzurichten, die folgende Aufgaben hat:

- a) Einheitliche Methoden der Untersuchung von Nahrungs- und Genußmitteln für alle diejenigen Fälle festzusetzen, in denen die Untersuchung nach verschiedenen Methoden möglich ist, die verschiedenen Methoden aber verschiedene Resultate ergeben können.
- b) Festsetzungen für die Beurteilung der einzelnen Nahrungs- und Genußmittel zu treffen.
- c) Auf Ersuchen der Gerichte über Fragen, welche die Herstellung und Beschaffenheit von Nahrungs- und Genußmitteln betreffen, ausgenommen Fragen der Gesundheitsgefährlichkeit, Gutachten zu erstatten, sofern in dem gerichtlichen Verfahren voneinander abweichende Gutachten mehrerer Sachverständiger vorliegen, und auch auf Erfordern mehrerer Handelskammern Gutachten zu erstatten.

Die von der Zentralstelle getroffenen Festsetzungen sind einer neuen Durchsicht zu unterwerfen, wenn ein hierauf gerichteter Antrag von mindestens drei deutschen Handelskammern gestellt wird.

Die Festsetzungen der Zentralstelle sind zu veröffentlichen, ebenso die ihnen zugrunde liegenden Beratungen, zum mindesten in Auszügen, die alle bei der Beratung geltend gemachten Gründe und Gegenstände wiedergeben.

Die Geschäftsordnung für die Zentralstelle stellt der Bundesrat auf. Sie muß die Bestimmung enthalten, daß bei allen Beratungen mindestens die Hälfte der Beratenden aus solchen Mitgliedern der Zentralstelle bestehen muß, die Gewerbetreibende der Nahrungsmittelindustrie sind.

Das Recht der freien Beweiswürdigung der Gerichte wird durch die Festsetzungen und Gutachten der Zentralstelle nicht berührt.

3. In Abänderung seiner Beschlüsse vom 3. Juni 1912 über die Zusammensetzung der Zentralstelle ist der Bund der Meinung, daß lediglich ein Nahrungsmittelbeirat, in den Vertreter aller Zweige des Nahrungsmittelgewerbes zu wählen sind, in Verbindung mit dem Kaiserlichen Gesundheitsamt und den sonstigen zuständigen Reichsbehörden unter Zusammenfassung durch den Bundesrat die gestellte Aufgabe in befriedigender Weise lösen kann, wenn eine Majorisierung der Gewerbevertreter ausgeschlossen wird.
4. Der Bund bestreitet mit Entschiedenheit, daß auf seiten der an der Erzeugung und dem Handel mit Lebensmitteln beteiligten Berufskreise die einmütige Auffassung herrsche, daß nur durch rechtverbindliche Festsetzungen über die Beschaffenheit und Beurteilung der einzelnen Lebensmittel die unleugbar vorhandenen Mißstände beseitigt werden können.
5. Die Versammlung setzt eine Kommission ein, welche die Aufgabe hat, im Sinne der vorstehenden Beschlüsse agitatorisch tätig zu sein und die dem Bunde angeschlossenen Vereine in ihrer gleichgerichteten Tätigkeit zu unterstützen. Die Kommission hat das Recht der Kooptation; sie arbeitet unter Leitung des Bundes der Deutschen Nahrungsmittel-Fabrikanten und -Händler. Der Ort der Kommissionssitzungen wird dem Ermessen des Bundesvorstandes anheimgegeben.

Am 19. Februar 1913 gab hingegen der Deutsche Handelstag folgende Erklärung ab:

Der Deutsche Handelstag ist mit dem Erlaß von Verordnungen über die Beurteilung und Untersuchung von Nahrungs- und Genußmitteln grundsätzlich einverstanden, wenn

1. zur Vorbereitung der Verordnungen und zur Mitwirkung bei der Beschlußfassung sowie zu ihrer Nachprüfung die Vernehmung von Sachverständigen aus den Kreisen der beteiligten Fabrikanten und Händler zur Pflicht gemacht wird, die in angemessener Zahl von den zur Vertretung von Industrie und Handel berufenen Körperschaften vorgeschlagen werden,
2. die Verordnungen im Entwurf auch dem Deutschen Handelstag vorgelegt werden,
3. bei dem Erlaß von Verordnungen auf die ständig fortschreitende Entwicklung der Industrie gebührend Rücksicht genommen und insbesondere auch dafür Gewähr geschaffen wird, daß der beamtete Chemiker in Ausnahmefällen ein anderes als das amtlich vorgeschriebene Untersuchungsverfahren anwenden darf, wenn es nach seiner wissenschaftlichen Überzeugung dem amtlichen Verfahren gleichwertig ist und mit dem Untersuchungsergebnis mitgeteilt wird.

Weiter spricht sich der Deutsche Handelstag dafür aus, .

daß bei der Verfolgung von Übertretungen der Bestimmungen über den Verkehr mit Nahrungs- und Genußmitteln die Polizei verpflichtet sein soll, vor Abgabe der Akten an die Staatsanwaltschaft die zur Vertretung von Industrie und Handel gesetzlich berufene Körperschaft oder, wo eine solche nicht besteht, gewerbliche Sachverständige anzuhören, und daß in Fällen derartiger Übertretungen es zulässig sein soll, daß die Polizei sich auf eine Verwarnung beschränkt.

Im Laufe der Beratungen, die zu dieser Erklärung führten, hat der Herr Präsident des Kaiserlichen Gesundheitsamtes in der Hauptversammlung des Deutschen Handelstages am 19. Februar 1913 folgendes ausgeführt:

„Die Reichsregierung beabsichtigt, dem Reichstag eine Ergänzung zum Nahrungsmittelgesetz vorzulegen. Es ist daher für die Regierung von größtem Wert, die Ansicht einer so bedeutenden Körperschaft, wie des Deutschen Handelstages kennen zu lernen. Die Unsicherheit, die darüber besteht, ob die eine oder die andere Fabrikationsmethode erlaubt sein soll, wird auf die Dauer unerträglich. Es ist deshalb erwogen worden, auf welchem Wege der Eingriff zu erfolgen hat. Die Regierung hat daher eine Anzahl von Körperschaften, wie den Bund der Industriellen, den Bund Deutscher Nahrungsmittelfabrikanten usw. zu einer Konferenz eingeladen. Die Notwendigkeit der Abhilfe wurde in der Versammlung auch vollauf anerkannt. Nach meinem Eindruck waren auch die Vertreter des Handels der Meinung, daß rechtsverbindliche Vorschriften erlassen werden müßten. Allerdings ist nacher ein Umschwung in der Meinung eingetreten, und man verlangt jetzt die Schaffung einer Zentralstelle, die den beteiligten Industrien Ratschläge erteilen kann. Dadurch können aber die bestehenden Mißstände nicht beseitigt werden; denn an ein solches Gutachten ist niemand gebunden, weder der Fabrikant noch der Richter. Die Schaffung von Gutachterkammern würde also lediglich ein Schlag ins Wasser sein. Gerade der Richterstand wäre für die Schaffung genau formulierter Normen sehr dankbar, da er keine Erfahrungen auf dem Gebiete der Nahrungsmitteltechnik besitzt. Die Befürchtung, daß Handel und Industrie bei der Schaffung solcher Bestimmungen zu kurz kommen, ist durchaus unbegründet, denn offener und ehrlicher, als wir es getan haben, kann man wahrhaftig nicht vorgehen, da wir stets alle Interessenvertreter hinzugezogen haben. Daß alle Interessenten durch die Vorschriften befriedigt werden, glaube ich allerdings nicht, da sich manche Interessen gerade gegenüberstehen, so die Interessen der Fabrikanten und der Konsumenten.“

M. H.! Wie Sie sehen, stehen sich zwei Auffassungen diametral gegenüber! Auf der einen Seite werden rechtsverbindliche Verordnungen, auf der anderen unverbindliche Gutachten einer Sachverständigen-Zentralstelle verlangt, bei deren Beratung mindestens die Hälfte der Beratenden, das heißt im gewöhnlichen Sprachgebrauch die Majorität, aus Gewerbetreibenden bestehen soll.

Ich glaube, wir können voll und ganz das unterschreiben, was der Herr Präsident des Kaiserlichen Gesundheitsamtes am 19. Februar 1913 in der Sitzung des Deutschen Handelstages ausgeführt hat, daß insbesondere die Schaffung einer Gutachterkammer nach den Wünschen des Bundes deutscher Nahrungsmittelfabrikanten „ein Schlag ins Wasser“ sein würde. Denn jeder Beschuldigte, dem Gutachten dieser Stelle nicht passen, wird sie genau so angreifen, wie er heute Gutachten des Kaiserlichen Gesundheitsamtes, der Wissenschaftlichen Deputation für das Medizinalwesen, von Medizinalkollegien, Handelskammern usw., sowie Beschlüsse und Festsetzungen des Bundes deutscher Nahrungsmittel-Fabrikanten und -Händler, der Interessentenverbände, des Vereins Deutscher Nahrungsmittelchemiker usw. angreift. Und was geschieht erfahrungsgemäß, wenn ein Gericht erhebliche Bedenken bekommt? Es kommt entweder zu einem non liquet, und die Rechtslage bleibt weiter unerklärt, oder es ladet sich einen Sachverständigen, zu dem es das volle Vertrauen hat, daß er unbefangen, rein objektiv seiner Überzeugung Ausdruck verleiht!

Verkennen wir nicht den großen Wert, den die bisherigen Sondergesetze und die zu ihnen erlassenen Kaiserlichen und bundesrätlichen Verordnungen schon gehabt haben, verkennen wir nicht, in welcher hervorragender Weise sie zu einer Rechtssicherheit im Deutschen Reiche geführt haben. Wenn sie auch hier und da Unklarheiten enthalten mögen und daher gelegentlich zu prinzipiellen Entscheidungen Anlaß bieten,

so ist jedoch nicht zu übersehen, daß wirtschaftliche Gesetze vielfach und naturgemäß Kompromisse darstellen, daß der Gesetzgeber unmöglich alles vorausszusehen vermag, insbesondere nie genau vorhersehen kann, welche Bestimmungen zu Umgehungsversuchen Anlaß bieten können, daß sich nicht alles in starre Formen fassen läßt, und daß bekanntlich kein Menschenwerk vollkommen ist.

Die Geschichte der deutschen Nahrungsmittelgesetzgebung hat klar erkennen lassen, daß eine Lücke in der Gesetzgebung vorhanden ist. Sie so gut als möglich auszufüllen, ist Aufgabe des Gesetzgebers. Durch „Gutachten“ ist dies aber nicht zu erreichen.

M. H.! Wir sind keine Interessenten. Für unseren Stand ist es gleichgültig, ob demnächst dieser oder jener Weg beschritten wird. Wir sind daher in der Lage, uns in der hier interessierenden prinzipiellen Frage ein objektives Urteil zu bilden und Industrie und Handel objektiv zu raten. Wir, die wir leider mehr als genug Gelegenheit haben, in Nahrungsmittelprozessen Erfahrungen zu sammeln, können m. E. aus ehrlichster Überzeugung den Gewerbetreibenden nur raten, die Regierung in ihrem Bestreben zu unterstützen und ihre Arbeiten so zu fördern, daß die bestehenden Mißstände sobald als nur möglich beseitigt werden.

Arbeiten Industrie und Handel in diesem Sinne, so nehmen sie nach meiner Ansicht nicht nur ihre eigenen Interessen wahr, sondern sie wirken alsdann auch zugleich mit an der hohen und schönen Aufgabe, für das Wohl und das berechnete materielle Interesse der Allgemeinheit, und zwar insbesondere jener breiten Schichten unserer Bevölkerung zu sorgen, die nicht getäuscht und übervorteilt werden dürfen, weil sie einen sehr beträchtlichen Teil ihres Einkommens aus ehrlicher Arbeit auf ihre und ihrer Familie Ernährung verwenden müssen.

Vergessen wir nicht, daß auch die Allgemeinheit erwarten und verlangen kann, daß ihre Interessen wahrgenommen und Sonderinteressen gegenüber vertreten werden!

Der Vorsitzende: Herr Professor, ich sage Ihnen im Namen der Versammlung besten Dank für Ihre außerordentlich interessanten und inhaltsreichen Ausführungen.

Wir kommen nunmehr zum zweiten Punkte der Tagesordnung. Ich erteile Herrn Dr. Lührig das Wort zu seinem Vortrage:

Über die Stellung der kommunalen Untersuchungsämter bezw.
deren Leiter in Preußen.

Von dem Abdruck dieses Vortrages und der sich anschließenden Diskussion ist hier abgesehen worden.

Der Vorsitzende: Wir würden jetzt, da die Zeit bereits vorgeschritten ist, die Frühstückspause eintreten lassen.

Es ist ein Telegramm eingegangen vom Schweizerischen Verein analytischer Chemiker, worin uns auf diesem Wege bester Verlauf und guter Erfolg unserer Jahresversammlung gewünscht wird, da man bei der weiten Entfernung habe davon absehen müssen, einen Vertreter nach hier zu entsenden. Dann liegt ein Brief vor von der Niederländischen Chemischen Gesellschaft, die sich zu ihrem Bedauern bei der weiten Entfernung ebenfalls an der Jahresversammlung nicht beteiligen konnte. Sodann wünscht unser Ehrenmitglied Herr Senats-

präsident v. Hörmann, welcher ebenfalls verhindert ist, unseren Verhandlungen beizuwohnen, diesen den besten Verlauf.

Es tritt jetzt die Frühstückspause von 11³/₄—1¹/₄ Uhr ein.

Der Vorsitzende: Nach Wiederaufnahme der Sitzung erteile ich Herrn Dr. Grünhut das Wort zu seinem Referate:

Die Begutachtung der Dessertweine.

Berichterstatler des Ausschusses: L. Grünhut-Wiesbaden.

Leitsätze des Berichterstatters.

I. Begriffsbestimmungen.

Dessertweine (Südweine, Süßweine) sind solche Weine, die nach einem der nachstehend beschriebenen Verfahren so hergestellt sind, daß ihr Gehalt an Alkohol oder an Zucker oder an Alkohol und Zucker höher ist, als der durch Gärung des unveränderten Saftes frischer gewöhnlicher Trauben allgemein zu erzielende.

Die Herstellungsverfahren zerfallen in drei Gruppen:

1. Vergärung von Traubensaft von besonders hoher Konzentration oder Anreicherung gewöhnlichen Weines durch konzentrierten Traubensaft (Konzentrierte Süßweine).
2. Zusatz von Alkohol zu mehr oder minder weit in der Vergärung vorgeschrittenem Traubensaft (Likörweine).
3. Vergärung von reichlich gezuckertem Traubensaft oder Zusatz von Zucker zu Wein (Gezuckerte Dessertweine).

Im einzelnen sind folgende Verfahren im Gebrauch:

1. Konzentrierte Süßweine.

- a) Vergärung des Mostes ausgelesener Trockenbeeren (z. B. Tokajer-Essenz, süße rheinische Ausleseweine).
- b) Vergärung des Mostes von getrockneten Beeren (z. B. Strohweine).
- c) Vergärung des Mostes zusammen gelesener gewöhnlicher Trauben und Trockenbeeren (z. B. süße Szamorodner).
- d) Ausziehen von Trockenbeeren durch Most und Vergärung des Auszuges (z. B. Tokajer Ausbruch).
- e) Ausziehen von getrockneten Beeren oder Rosinen durch Most und Vergärung des Auszuges (z. B. Vino dulce in Malaga).
- f) Ausziehen von Trockenbeeren durch Wein.
- g) Ausziehen von getrockneten Beeren oder Rosinen durch Wein (z. B. Österreichische Süßweine).
- h) Vergärung von eingekochtem Most.
- i) Verbindung zweier oder mehrerer der unter a) bis h) genannten Verfahren miteinander.
- k) Verschnitt zweier oder mehrerer der nach dem Verfahren a) bis i) bereiteten Erzeugnisse miteinander.

2. Likörweine.

- l) Zusatz von Alkohol zu dem mehr oder minder weit vergorenen Most gewöhnlicher Trauben.